This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Wed Nov 25 2:10:44 2026 / +0000 GMT

Wohnungsverknappung lässt Mieten in Berlin ansteigen

Auf der gestrigen Mitgliederversammlung des Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e. V. im Rathaus Spandau, an der 148 Stimmberechtigte und einige Gäste teilgenommen haben, waren die Mietenpolitik und der Verbraucherschutz im Geschäftsbericht für 2013 die Schwerpunkte, die auch zukünftig einen großen Stellenwert haben und die zum Teil neu gewählte Vereinsführung wird sich der unübersichtlichen Entwicklung in unserer Stadt annehmen, um für die Menschen eine gerechte Handlungsweise der Verantwortlichen einzufordern. Das neu zusammengesetzte Präsidium, bestehend aus 8 Mitgliedern, wurde in den Wahlgängen nahezu einstimmig gewählt. Für die nächsten vier Jahre wurde erneut der bisherige Präsident Heinz Troschitz mit 147 Stimmen an die Spitze des Präsidiums gewählt. Es folgen die beiden Vizepräsidentinnen Frau Kerstin Mager-Benndorf (Beamtin) und Frau Susann Bolyi-Steglich (Rechtsanwältin) und die fünf weiteren Mitglieder des Präsidiums Frau Serap Sirman (Diplom-Kauffrau), Herr Alexander Wenzel (Rechtsanwalt), Herr Ersin Nas (Rechtsanwalt), Herr Jochen Anders (Polizeihauptkommissar) und Herr Hans-Dieter Hein (Personalmanager a. D.). Bei anstehenden Nachwahlen wurden Vorstand und Vereinsausschuss ergänzt, durch die Mitglieder Wilfried Arndt, Daniela Ernst, Holger Junge, Ekkehard Angelroth, Jeromy Sutton, Heinz Pfauder und die Revisorin Janine Dubielzig. Die Versammlung stand unter dem Motto: ?Die Zukunft ist als Raum der Möglichkeiten der Raum unserer Freiheit.? Karl Jasper (Philosoph). Die neue Führungsmannschaft wird den Verbraucherschutz in den Fokus der Gesellschaft bringen, um die Ungerechtigkeit gegenüber der Bevölkerung aufzuzeigen und der Gerechtigkeit den Raum zu geben, den sie verdient hat. Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die sich mit Verbraucherschutz beschäftigen, sind wir völlig unabhängig, gemeinnützig und ohne Förderungsmittel.

Wir werden uns dafür einsetzten, in der Region Berlin-Brandenburg neuen Wohnraum zu schaffen, und zwar in einer Anzahl, die angemessen ist und dafür sorgen kann, dass die Mieten nicht explosionsartig steigen. Hierfür sind in den nächsten 10 Jahren im Berliner Raum 50 000 Wohnungen erforderlich und zusammen mit Brandenburg dürfte sich diese Zahl fast verdoppeln. Erst dann kann eine Beruhigung auf dem Berliner Wohnungsmarkt stattfinden. Berücksichtigung muss hier finden, dass nicht nur Sozialwohnungen geschaffen werden, die ebenfalls für den Normalmieter unbezahlbar sind, sondern auch die Schaffung von Eigentum könnte eine richtige Maßnahme sein, um Entspannung auf dem Wohnungssektor zu erzielen. Freiwerdende Wohnungen können dann anderen zur Verfügung gestellt werden, die bisher verzweifelt nach Wohnungen gesucht haben oder durch Zuzug in unsere Stadt kommen. Der Verdrängungswettbewerb aus der Innenstadt an den Stadtrand und dem Umland muss gestoppt werden, sonst erleben wir eine nicht wieder gut zu machende soziale Schieflage, die ein Zusammenleben der Menschen nicht nur erschwert, sondern fast unmöglich macht. Zu Mieterhöhungen sagen wir NEIN, zu höheren Nebenkosten sagen wir NEIN, zu Zwangsumzügen sagen wir auch NEIN, nur für Gerechtigkeit, da sagen wir laut JA!